

# Inhaltsübersicht

Vorwort und Gebrauchshinweise .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	XI
Verzeichnis der Übersichten .....	XXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXV

<b>1. Teil. Grundlagen des Staatsorganisationsrechts .....</b>	<b>1</b>
§ 1. Einführung .....	1
I. Grundlegende Begriffe: Staatsrecht und Verfassungsrecht ..	1
II. Verfassung und Grundgesetz .....	2
III. Funktionen der Verfassung .....	3
IV. Struktur und Inhalt des Grundgesetzes .....	5
§ 2. Vorgeschichte des Grundgesetzes .....	6
I. Zur Bedeutung der Verfassungsgeschichte .....	6
II. Von der Auflösung des „Alten Reiches“ bis zur Paulskirchenverfassung .....	6
III. Entstehung und Entwicklung des Deutschen Bundesstaates ..	9
IV. Die Weimarer Republik und ihr Untergang .....	11
V. Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR .....	15
<b>2. Teil. Parlamentarische Demokratie .....</b>	<b>19</b>
§ 3. Staatsstrukturprinzipien und republikanisches Prinzip .....	19
I. Die Staatsstrukturprinzipien .....	19
II. Das republikanische Prinzip .....	20
III. Weitergehende Implikationen des republikanischen Prinzips?	20
§ 4. Das Demokratieprinzip .....	21
I. Staatsformen und Herrschaftsorganisation .....	22
II. Begriff und Formen der Demokratie .....	23
III. Elemente des grundgesetzlichen Demokratiekonzepts .....	24
IV. Demokratie und Parteien .....	35
§ 5. Der Bundestag .....	56
I. Bedeutung, Rechtsgrundlagen und Rechtsstellung .....	57
II. Funktionen und Aufgaben des Bundestages .....	58
III. Beschlüsse des Bundestages .....	68
IV. Autonomie und Selbstversammlungsrecht .....	71
V. Wahlperiode und Wahl des Bundestages .....	71
VI. Interne Organisation des Bundestages .....	95
<b>3. Teil. Weitere oberste Staatsorgane .....</b>	<b>112</b>
§ 6. Der Bundesrat .....	112
I. Bedeutung des Bundesrates .....	112
II. Zusammensetzung des Bundesrates .....	112
III. Präsidentschaft im Bundesrat .....	114

IV. Beschlussfassung im Bundesrat	114
V. Aufgaben des Bundesrates	116
§ 7. Die Bundesregierung	118
I. Bedeutung der Bundesregierung	118
II. Begriff der Regierung	119
III. Zusammensetzung, Bildung und Amtsende der Bundesregierung	120
IV. Aufgaben, Aufgabenverteilung und Kompetenzabgrenzung	133
V. Die geschäftsführende Bundesregierung	140
§ 8. Der Bundespräsident	141
I. Rolle und Bedeutung	142
II. Wahl und Amtsdauer des Bundespräsidenten	142
III. Verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten	144
IV. Aufgaben und Kompetenzen des Bundespräsidenten	145
V. Das Gegenzeichnungserfordernis aus Art. 58 GG	148
<b>4. Teil. Gesetzgebung und Gesetze</b>	<b>151</b>
§ 9. Gesetzgebung, Gesetze und Normenhierarchie	151
I. Einführung: Bedeutung und Begriff der Gesetzgebung	151
II. Begriff des Gesetzes	152
III. Normenhierarchie	156
§ 10. Gesetzgebungskompetenzen	163
I. Einführung: Bedeutung der Gesetzgebungskompetenz	163
II. Grundregel aus Art. 30, 70 GG: Kompetenz der Länder	164
III. Kategorien von Gesetzgebungskompetenzen, insbes. des Bundes	165
IV. Gesetzgebungskompetenzen in der Fallbearbeitung	182
§ 11. Gesetzgebungsverfahren	188
I. Bedeutung des Gesetzgebungsverfahrens	189
II. Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens	189
III. Besonderheiten verfassungsändernder Gesetze	217
§ 12. Rechtsverordnungen	219
I. Bedeutung und Normgeber	219
II. Verordnungsermächtigung und deren Verfassungsmäßigkeit	221
III. Rechtmäßigkeit von Rechtsverordnungen	223
<b>5. Teil. Die Bundesrepublik im rechtlichen Mehrebenensystem</b>	<b>230</b>
§ 13. Das Bundesstaatsprinzip	230
I. Bundesstaat und Föderalismus	230
II. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung	235
III. Der Grundsatz der Bundestreue	241
IV. Reformen des Bundesstaates	244
V. Bundeszwang gem. Art. 37 GG	247
§ 14. Verwaltung und Verwaltungskompetenzen im Bundesstaat	249
I. Verwaltung als Teil der Exekutive	249
II. Verwaltungskompetenzen der Länder und des Bundes	251
III. Selbstverwaltung (insbes. kommunale)	261

§ 15. Vernetzte Staatlichkeit: Bezüge zum Völker- und EU-Recht . . . .	266
I. Einführung: Vernetzte Staatlichkeit . . . . .	267
II. Völkerrechtsfreundlichkeit des GG und Besonderheiten der EMRK . . . . .	269
III. Grund und Grenzen der Integration in die EU . . . . .	272
<b>6. Teil. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat . . . . .</b>	<b>280</b>
§ 16. Das Rechtsstaatsprinzip . . . . .	280
I. Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	280
II. Wichtige Ausprägungen des Rechtsstaatsprinzips . . . . .	281
§ 17. Staatsaufgabe Rechtsprechung (Judikative) . . . . .	305
I. Regelung im Grundgesetz und Begriff der Rechtsprechung . .	306
II. Richter und Gerichte . . . . .	307
III. Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Bund und Ländern . . . .	309
IV. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG . . . . .	310
V. Justizgrundrechte . . . . .	310
§ 18. Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	312
I. Bedeutung und Stellung des Bundesverfassungsgerichts . . .	312
II. Organisation des BVerfG und Wahl der Richter . . . . .	312
III. Überblick der wichtigsten Verfahrensarten . . . . .	314
IV. Die Entscheidung des BVerfG . . . . .	315
§ 19. Verfassungsprozessrecht: Wichtige Verfahrensarten des BVerfG .	316
I. Ausgewählte Verfahrensarten . . . . .	316
II. Für das Staatsorganisationsrecht zentrale Hauptsacheverfahrensarten . . . . .	316
III. Einstweiliger Rechtsschutz vor dem BVerfG . . . . .	342
<b>7. Teil. Staatsziele . . . . .</b>	<b>345</b>
§ 20. Das Sozialstaatsprinzip . . . . .	345
I. Grundlagen des Sozialstaatsprinzips . . . . .	345
II. Die Verpflichtungswirkung des Sozialstaatsprinzips . . . . .	347
§ 21. Umwelt- und Tierschutz . . . . .	352
I. Regelung des Umwelt- und Tierschutzes im Grundgesetz . .	353
II. Schutzgegenstände und -ziele . . . . .	353
III. Rechtswirkungen von Art. 20a GG . . . . .	354
<b>8. Teil. Weiterführende Gebiete . . . . .</b>	<b>358</b>
§ 22. Grundzüge des Finanz- und Haushaltsverfassungsrechts . . . . .	358
I. Bedeutung und Gegenstand des Finanzverfassungsrechts . .	358
II. Finanzverfassungsrecht i. e. S. (Regelung staatlicher Einnahmen) . . . . .	359
III. Grundzüge des Haushaltsverfassungsrechts (Ausgabenseite) .	366
§ 23. Schutz der Verfassung . . . . .	370
I. Bedeutung der wehrhaften Demokratie . . . . .	370
II. Verfassungsschützende Regelungen im Grundgesetz . . . . .	371
III. Strafrechtlicher Schutz der Verfassung . . . . .	373
IV. Institutionalisierte Schutz der Verfassung . . . . .	374

V. Widerstandsrecht gem. Art. 20 IV GG .....	374
§ 24. Die Bundeswehr im Verfassungsgefüge .....	375
I. Die verfassungsrechtliche Dimension der Bundeswehr ....	375
II. Parlamentsvorbehalt für bewaffnete Streitkräfteeinsätze ....	376
III. Streitkräfteeinsatz zur Verteidigung und in Systemen kollektiver Sicherheit .....	377
IV. Streitkräfteeinsatz im Inland .....	378
<b>9. Teil. Anleitung zur Lösung staatsrechtlicher Fälle .....</b>	<b>381</b>
§ 25. Fall zur konkreten Normenkontrolle .....	381
§ 26. Fall zur abstrakten Normenkontrolle .....	393
§ 27. Fall zum Organstreitverfahren .....	406
Sachregister .....	421

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort und Gebrauchshinweise .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Verzeichnis der Übersichten .....	XXVII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXV

<b>1. Teil. Grundlagen des Staatsorganisationsrechts .....</b>	<b>1</b>
§ 1. Einführung .....	1
I. Grundlegende Begriffe: Staatsrecht und Verfassungsrecht ..	1
II. Verfassung und Grundgesetz .....	2
III. Funktionen der Verfassung .....	3
1. Machtordnung und Freiheitssicherung .....	3
2. Staatsorganisation .....	4
3. Werteordnung .....	4
IV. Struktur und Inhalt des Grundgesetzes .....	5
§ 2. Vorgeschichte des Grundgesetzes .....	6
I. Zur Bedeutung der Verfassungsgeschichte .....	6
II. Von der Auflösung des „Alten Reiches“ bis zur Paulskirchenverfassung .....	6
1. Auflösung des „Alten Reiches“ (1803/1806) .....	6
2. Entstehung des Deutschen Bundes (1815) .....	7
3. Die Paulskirchenverfassung (1848/49) .....	8
III. Entstehung und Entwicklung des Deutschen Bundesstaates ..	9
1. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes (1867) .....	9
2. Die Verfassung des Deutschen Reiches (1871) .....	10
IV. Die Weimarer Republik und ihr Untergang .....	11
1. Die Weimarer Reichsverfassung (1919) .....	11
2. Die Denaturierung der Verfassung im Nationalsozialismus (1933/34) .....	14
V. Die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR .....	15
1. Die Entstehung des Grundgesetzes .....	15
2. Entstehung der DDR .....	17
 <b>2. Teil. Parlamentarische Demokratie .....</b>	 <b>19</b>
§ 3. Staatsstrukturprinzipien und republikanisches Prinzip .....	19
I. Die Staatsstrukturprinzipien .....	19
II. Das republikanische Prinzip .....	20
III. Weitergehende Implikationen des republikanischen Prinzips?	20
§ 4. Das Demokratieprinzip .....	21
I. Staatsformen und Herrschaftsorganisation .....	22
II. Begriff und Formen der Demokratie .....	23
III. Elemente des grundgesetzlichen Demokratiekonzepts .....	24
1. Volkssouveränität .....	25

a) Grundprinzip der Volkssouveränität . . . . .	25
aa) Legitimation jeder öffentlichen Gewalt durch das Volk . . . . .	25
bb) Grundrechtsgleiches Recht auf demokratische Selbstbestimmung . . . . .	26
b) Das Volk i. S. d. Art. 20 II 1 GG . . . . .	26
aa) Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit . . . . .	27
bb) Statusdeutsche . . . . .	27
2. Repräsentationsprinzip . . . . .	28
a) Die repräsentative Ausprägung der grundgesetzlichen Demokratie . . . . .	28
b) Plebiszitäre Elemente im Grundgesetz . . . . .	29
3. Egalitätsprinzip (Prinzip politischer Gleichheit) . . . . .	30
4. Mehrheitsprinzip . . . . .	31
a) Bedeutung des Mehrheitsprinzips . . . . .	31
b) Determinanten zur Bestimmung der Mehrheit im Einzelfall . . . . .	31
aa) Bezugsgröße der Mehrheit . . . . .	31
bb) Quorum . . . . .	32
5. Minderheitenschutz . . . . .	33
6. Öffentlichkeitsgrundsatz . . . . .	34
IV. Demokratie und Parteien . . . . .	35
1. Bedeutung der Parteien für die Demokratie . . . . .	35
2. Begriff und Merkmale der Partei . . . . .	36
3. Rechtsnatur der Parteien . . . . .	38
4. Rechtsstellung (Rechte und Pflichten) der Parteien	
gem. Art. 21 I GG . . . . .	39
a) Gründungsfreiheit . . . . .	39
b) Betätigungsfreiheit . . . . .	40
c) Chancengleichheit . . . . .	41
aa) Anspruch auf Chancengleichheit	
gem. Art. 21 I 1 GG . . . . .	41
bb) Spezialausprägungen der Chancengleichheit in § 5 PartG . . . . .	42
d) Demokratische Binnenstruktur . . . . .	43
e) Rechenschaftspflicht . . . . .	44
5. Parteienfinanzierung . . . . .	45
a) Unmittelbare Parteienfinanzierung . . . . .	46
aa) Absolute Obergrenze . . . . .	46
bb) Relative Obergrenze . . . . .	47
b) Mittelbare Parteienfinanzierung . . . . .	47
6. Parteiverbot und Ausschluss von staatlicher Finanzierung	49
a) Entscheidungsmonopol des BVerfG und sog. Parteienprivileg . . . . .	49
b) Voraussetzungen eines Parteiverbotes gem. Art. 21 II GG . . . . .	50
aa) Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung (1. Alt.) . .	51

bb) „Darauf Ausgehen“	53
cc) Gefährdung des Bestandes der Bundesrepublik (2. Alt.)	54
c) Verfahrensablauf und Rechtsfolge	54
d) Bisherige Parteiverbotsverfahren	55
e) Ausschluss von der staatlichen Finanzierung	56
§ 5. Der Bundestag	56
I. Bedeutung, Rechtsgrundlagen und Rechtsstellung	57
II. Funktionen und Aufgaben des Bundestages	58
1. Gesetzgebungsfunktion	58
2. Kreationenfunktion	59
3. Kontrollfunktion	59
a) Zitierrecht (Art. 43 I GG)	60
b) Frage- und Informationsrecht (Interpellationsrecht)	60
aa) Grundlagen	60
bb) Grenzen des Informationsanspruchs	61
c) Untersuchungsausschüsse	62
aa) Hintergründe und gesetzliche Grundlage	62
bb) Einsetzung, Zusammensetzung und Untersuchungsgegenstand	63
(1) Einsetzungsbeschluss	63
(2) Zusammensetzung	63
(3) Grenzen	64
cc) Rechtsstellung und Verfahren, insbes. Beweiserhebung	65
dd) Untersuchungsbericht	66
ee) Rechtsschutz	67
d) Weitere Kontrollinstitutionen und -rechte kraft Verfassung	67
aa) Wehrbeauftragter	67
bb) Kontrolle des Haushaltsvollzugs	68
III. Beschlüsse des Bundestages	68
1. Beschlussfassungskompetenz	68
2. Konstitutive und schlichte Beschlüsse	68
3. Beschlussfassung im Bundestag	69
4. Unverrückbarkeit von Bundestagsbeschlüssen	70
IV. Autonomie und Selbstversamlungsrecht	71
V. Wahlperiode und Wahl des Bundestages	71
1. Wahlperiode und Auflösung	71
a) Dauer und Beginn der Wahlperiode	71
b) Auflösung des Bundestages	72
aa) Kein Selbstauflösungsrecht	72
bb) Möglichkeiten der Bundestagsauflösung	73
c) Grundsatz der Diskontinuität	73
2. Wahl des Bundestages	74
a) Die Wahlrechtsgrundsätze	74
aa) Allgemeinheit der Wahl	74
bb) Gleichheit der Wahl	76

(1) Aktive Wahlrechtsgleichheit .....	77
(2) Passive Wahlrechtsgleichheit .....	81
cc) Unmittelbarkeit der Wahl .....	81
dd) Freiheit der Wahl .....	82
ee) Geheimheit der Wahl .....	83
ff) Ungeschriebener Wahlrechtsgrundsatz der öffentlichen Wahl .....	84
b) Das Wahlsystem .....	85
aa) Das System der personalisierten Verhältniswahl ..	85
bb) Grundprinzipien des Bundestagswahlsystems ...	85
cc) Die Bestimmung der Zusammensetzung des Bundestages .....	89
c) Die Wahlprüfung .....	91
aa) Erste Stufe: Wahlprüfung durch den Bundestag ..	91
bb) Zweite Stufe: Wahlprüfung durch das BVerfG ...	92
cc) Wahlfehler und ihre Folgen .....	93
VI. Interne Organisation des Bundestages .....	95
1. Die Geschäftsordnung des Bundestages (GOBT) .....	95
2. Untergliederungen des Bundestages .....	96
a) Bundestagspräsident, Präsidium und Verwaltung ...	96
aa) Wahl und Stellung .....	96
bb) Funktionen .....	96
cc) Bundestagsverwaltung .....	97
b) Fraktionen .....	98
aa) Zusammensetzung, Bildung und Bedeutung ...	98
bb) Rechtsstellung .....	100
cc) Parlamentarische Rechte .....	101
c) Gruppen .....	101
d) Ausschüsse .....	102
aa) Bedeutung .....	102
bb) Zusammensetzung .....	103
cc) Obligatorische und fakultative Ausschüsse .....	104
3. Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten .....	105
a) Verfassungsrechtlicher Status der Abgeordneten ...	105
b) Freies Mandat .....	106
aa) Inhalt .....	106
bb) Fraktionsdisziplin und Fraktionszwang .....	106
c) Sonstige Statusrechte, insbes. Abgeordnetengleichheit	108
aa) Teilhaberechte an der Parlamentsarbeit .....	108
bb) Gleichheit der Abgeordneten .....	108
d) Indemnität und Immunität der Abgeordneten .....	109
aa) Indemnität gem. Art. 46 I GG .....	109
bb) Immunität gem. Art. 46 II GG .....	110

### **3. Teil. Weitere oberste Staatsorgane .....**

§ 6. Der Bundesrat .....	112
I. Bedeutung des Bundesrates .....	112



II. Zusammensetzung des Bundesrates .....	112
III. Präsidentschaft im Bundesrat .....	114
IV. Beschlussfassung im Bundesrat .....	114
V. Aufgaben des Bundesrates .....	116
1. Mitwirkung bei der Gesetzgebung .....	116
2. Mitwirkung bei exekutivem Handeln .....	117
3. Mitwirkung in Angelegenheiten der EU .....	117
4. Sonstige Funktionen des Bundesrates .....	118
§ 7. Die Bundesregierung .....	118
I. Bedeutung der Bundesregierung .....	118
II. Begriff der Regierung .....	119
III. Zusammensetzung, Bildung und Amtsende der Bundesregierung .....	120
1. Zusammensetzung der Bundesregierung .....	120
2. Der Bundeskanzler .....	120
a) Wahl des Bundeskanzlers .....	120
aa) Erste Wahlphase .....	121
bb) Zweite Wahlphase .....	121
cc) Dritte Wahlphase .....	122
(1) Erster Schritt: Wahl eines Kandidaten .....	122
(2) Zweiter Schritt: Ernennung (oder Nichternennung) des Gewählten .....	123
b) Ende des Amtes des Bundeskanzlers .....	124
aa) Misstrauensvotum (Art. 67 GG) .....	125
bb) Vertrauensfrage (Art. 68 GG) .....	125
(1) Voraussetzungen und Rechtsfolgen .....	125
(2) Sonderfall verbundene Vertrauensfrage .....	127
(3) Auflösungsgerichtete Vertrauensfragen und die Voraussetzung des zweckmäßigen Gebrauchs .....	128
3. Die Bundesminister .....	131
a) Ernennung und Ressorts der Bundesminister .....	131
b) Amtsende der Bundesminister .....	131
4. Koalitionsvereinbarungen .....	132
a) Hintergrund und Gegenstand .....	132
b) Zulässigkeit und fehlende rechtliche Bindungswirkung .....	132
IV. Aufgaben, Aufgabenverteilung und Kompetenzabgrenzung .....	133
1. Aufgaben der Bundesregierung .....	133
a) Allgemeine und besondere Aufgaben .....	133
b) Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Neutralitätspflicht .....	134
2. Aufgabenverteilung und Organisation der Bundesregierung .....	136
a) Kompetenzabgrenzung in der Bundesregierung .....	136
b) Stellung, Aufgaben und Befugnisse des Bundeskanzlers .....	136
aa) Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers .....	136
bb) Vorsitz im Kabinett und Geschäftsführung .....	137

cc) Stellvertretung des Bundeskanzlers	137
c) Stellung, Aufgaben und Befugnisse der Bundesminister	137
aa) Das Ressortprinzip gem. Art. 65 S. 2 GG	137
bb) Sonderrechte einzelner Minister	138
cc) Vertretung der Minister	138
d) Befugnisse der Bundesregierung als Kollegium (Kollegialprinzip)	138
3. Beschlussfassung der Bundesregierung	139
V. Die geschäftsführende Bundesregierung	140
§ 8. Der Bundespräsident	141
I. Rolle und Bedeutung	142
II. Wahl und Amtsdauer des Bundespräsidenten	142
1. Wahl durch die Bundesversammlung	142
2. Amtsende und Wiederwahl	143
3. Vertretung des Bundespräsidenten	144
III. Verfassungsrechtliche Stellung des Bundespräsidenten	144
IV. Aufgaben und Kompetenzen des Bundespräsidenten	145
1. Aufgaben und Kompetenzen im Grundgesetz	145
2. Völkerrechtliche Vertretung der Bundesrepublik	145
3. Politische Äußerungsbefugnis und deren Grenzen	146
V. Das Gegenzeichnungserfordernis aus Art. 58 GG	148
1. Bedeutung und Reichweite der Gegenzeichnungspflicht	148
2. Ausnahmen von der Gegenzeichnungspflicht	150

#### **4. Teil. Gesetzgebung und Gesetze** 151

§ 9. Gesetzgebung, Gesetze und Normenhierarchie	151
I. Einführung: Bedeutung und Begriff der Gesetzgebung	151
II. Begriff des Gesetzes	152
1. Formelles und materielles Gesetz	152
2. Rechtsverordnung und Satzung als „nur materielle Gesetze“	154
a) Rechtsverordnung	154
b) Satzung	155
III. Normenhierarchie	156
1. Normenhierarchie im deutschen Recht	156
2. Einordnung des EU-Rechts in die Normenhierarchie	159
a) Rechtsquellen des EU-Rechts	159
b) Anwendungsvorrang des EU-Rechts	160
3. Einordnung des Völkerrechts in die Normenhierarchie	160
a) Rechtsquellen des Völkerrechts	160
b) Völkerrecht in der Normenhierarchie des deutschen Rechts	161
aa) Allgemeine Regeln des Völkerrechts (Art. 25 GG)	161
bb) Völkerrechtliche Verträge (Art. 59 II GG)	162
§ 10. Gesetzgebungskompetenzen	163
I. Einführung: Bedeutung der Gesetzgebungskompetenz	163

II. Grundregel aus Art. 30, 70 GG: Kompetenz der Länder . . .	164
III. Kategorien von Gesetzgebungskompetenzen, insbes. des Bundes . . . . .	165
1. Gesetzgebungskompetenzkategorien des Bundes . . . . .	165
a) Die drei Gesetzgebungskompetenzkategorien des Bundes . . . . .	165
b) Die frühere Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	165
2. Ausschließliche Bundeskompetenz gem. Art. 71, 73 GG .	166
a) Bedeutung gem. Art. 71 GG . . . . .	166
b) Kompetenztitel insbes. gem. Art. 73 GG . . . . .	166
3. Konkurrierende Gesetzgebungskompetenz gem. Art. 72, 74 GG . . . . .	167
a) Das Wesen der konkurrierenden Gesetzgebung . . . . .	167
b) Kern-, Erforderlichkeits- und Abweichungskompetenz	168
aa) Einführung und Überblick . . . . .	168
bb) Kernkompetenzen des Bundes gem. Art. 72 I GG	169
cc) Erforderlichkeitskompetenzen des Bundes . . . . .	169
(1) Erforderlichkeitsvoraussetzungen gem. Art. 72 II GG im Überblick . . . . .	169
(2) Prüfungsmaßstab bzgl. Erforderlichkeitsklausel aus Art. 72 II GG . . .	170
(3) Die Erforderlichkeitsvoraussetzungen im Einzelnen . . . . .	172
(4) Temporale Aspekte für das Vorliegen der Voraussetzungen . . . . .	173
(5) Verfassungsgerichtliches Verfahren gem. Art. 93 I Nr. 2a GG . . . . .	173
dd) Länderkompetenzen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung . . . . .	173
ee) Abweichungskompetenz der Länder gem. Art. 72 III GG . . . . .	176
(1) Wesen und Voraussetzungen . . . . .	176
(2) Vorrang bei parallelen bundes- und landesrechtlichen Regelungen . . . . .	177
(3) Gesetzgebungskompetenz bei Fehlen bundesgesetzlicher Regelung . . . . .	178
4. Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes . . . . .	178
5. Ungeschriebene Bundesgesetzgebungskompetenzen . . .	179
a) Bundeskompetenz kraft Natur der Sache . . . . .	179
b) Bundeskompetenz kraft Sachzusammenhangs . . . . .	179
c) Annexkompetenz des Bundes . . . . .	181
IV. Gesetzgebungskompetenzen in der Fallbearbeitung . . . . .	182
1. Kompetenz für jede einzelne Rechtsnorm erforderlich . .	182
2. Zuordnung zu bestimmten Kompetenztiteln und -bereichen . . . . .	183
a) Zulässige und unzulässige Mehrfachzuordnung . . . . .	183
b) Zuordnungsgrundsätze . . . . .	184

3. Prüfungsaufbau bei Bundes- und bei Landesgesetzen . . .	186
a) Bundesgesetz als Prüfungsgegenstand . . . . .	186
b) Landesgesetz als Prüfungsgegenstand . . . . .	187
§ 11. Gesetzgebungsverfahren . . . . .	188
I. Bedeutung des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	189
II. Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	189
1. Einleitungsverfahren (Gesetzesinitiative) . . . . .	190
a) Gesetzesinitiative aus der Mitte des Bundestages . . . . .	190
b) Gesetzesinitiative der Bundesregierung . . . . .	192
aa) Bedeutung und Entstehung von Regierungsinitiativen . . . . .	192
bb) Frühzeitige Beteiligung des Bundesrates . . . . .	192
cc) „Verkappte Regierungsvorlagen“ . . . . .	194
c) Gesetzesinitiative des Bundesrates . . . . .	194
2. Hauptverfahren . . . . .	196
a) Beratung und Beschluss im Bundestag . . . . .	196
b) Beteiligung des Bundesrates . . . . .	200
aa) Qualifikation als Zustimmung- oder Einspruchsgesetz . . . . .	200
(1) Erster Grundsatz: Enumerationsprinzip . . . . .	200
(2) Zweiter Grundsatz: Einheitsthese . . . . .	201
(3) Qualifizierung von Änderungsgesetzen . . . . .	202
bb) Verfahren bei Einspruchsgesetzen . . . . .	203
(1) Das Verfahren vor dem Vermittlungsausschuss . . . . .	203
(2) Der Einspruch des Bundesrates und dessen Zurückweisung . . . . .	205
cc) Verfahren bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	209
3. Abschlussverfahren . . . . .	210
a) Ausfertigung durch den Bundespräsidenten . . . . .	211
aa) Unterzeichnung der Gesetzesurkunde durch den Bundespräsidenten . . . . .	211
bb) Vorherige Gegenzeichnung . . . . .	211
b) Verkündung im Bundesgesetzblatt . . . . .	211
4. Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten . . . . .	212
a) Zur Bedeutung der Prüfungskompetenz des Bundespräsidenten . . . . .	212
b) Formelles Prüfungsrecht und formelle Prüfungspflicht . . . . .	213
aa) Formelles Prüfungsrecht . . . . .	213
bb) Formelle Prüfungspflicht . . . . .	213
c) Materielles Prüfungsrecht und materielle Prüfungspflicht . . . . .	214
aa) Materielles Prüfungsrecht . . . . .	214
bb) Materielle Prüfungspflicht . . . . .	215
d) Kein Prüfungsrecht bzgl. EU-Rechtskonformität . . . . .	215
e) Kein politisches Prüfungsrecht . . . . .	215
f) Verfassungsprozessuale Möglichkeiten . . . . .	216
g) Exkurs: Prüfungsrecht des Bundeskanzlers und der Minister . . . . .	216

5. Inkrafttreten . . . . .	216
III. Besonderheiten verfassungsändernder Gesetze . . . . .	217
1. Formelle Anforderungen . . . . .	217
a) Gesetzgebungskompetenz . . . . .	217
b) Besondere Mehrheitserfordernisse . . . . .	217
c) Textänderungsgebot gem. Art. 79 I 1 GG . . . . .	217
2. Materielle Anforderungen: „Ewigkeitsgarantie“ des Art. 79 III GG . . . . .	218
§ 12. Rechtsverordnungen . . . . .	219
I. Bedeutung und Normgeber . . . . .	219
1. Bedeutung von Rechtsverordnungen . . . . .	219
2. Normgeber von Rechtsverordnungen . . . . .	220
3. Bundes- und Landesrechtsverordnungen . . . . .	220
II. Verordnungsermächtigung und deren Verfassungsmäßigkeit . . . . .	221
1. Verordnungsgebung und Gewaltenteilung . . . . .	221
2. Ermächtigungsadressat gem. Art. 80 I 1 GG . . . . .	222
3. Bestimmtheitsgrundsatz des Art. 80 I 2 GG . . . . .	222
III. Rechtmäßigkeit von Rechtsverordnungen . . . . .	223
1. Formelle Rechtmäßigkeit der Rechtsverordnung . . . . .	223
a) Zuständigkeit des Verordnungsgebers nach der Ermächtigungsnorm . . . . .	223
b) Zitiergebot . . . . .	224
c) Verfahren . . . . .	224
aa) Beschluss der Bundesregierung als Kollegialorgan . . . . .	224
bb) Zustimmung des Bundesrates . . . . .	225
d) Verkündung . . . . .	226
2. Materielle Rechtmäßigkeit der Rechtsverordnung . . . . .	227
3. Überprüfung der Rechtmäßigkeit von Rechtsverordnungen . . . . .	228

## **5. Teil. Die Bundesrepublik im rechtlichen Mehrebenensystem . . . . . 230**

§ 13. Das Bundesstaatsprinzip . . . . .	230
I. Bundesstaat und Föderalismus . . . . .	230
1. Das gewachsene Prinzip der Bundesstaatlichkeit . . . . .	230
2. Grundgesetzliche Vorgaben für die Verfassungen der Länder . . . . .	231
a) Die Homogenitätsklausel des Art. 28 I GG . . . . .	231
b) Vorrang des Grundgesetzes gem. Art. 31, 142 GG . . . . .	231
c) Regelung der Verteilung der Hoheitsgewalt im Grundgesetz . . . . .	232
3. Zum Oberbegriff des Föderalismus . . . . .	232
4. Vor- und Nachteile des Föderalismus . . . . .	233
5. Schutz der Bundesstaatlichkeit gem. Art. 79 III GG . . . . .	234
6. Kein Austrittsrecht aus dem Bund . . . . .	234
7. Das Gebot föderativer Gleichbehandlung . . . . .	235
II. Die bundesstaatliche Kompetenzordnung . . . . .	235
1. Aufteilung der Kompetenzen nach dem Grundgesetz . . . . .	235

2. Trennungsprinzip und dessen Durchbrechung in Art. 91a ff. GG . . . . .	236
3. Kooperativer Föderalismus, insbes. Staatsverträge . . . . .	238
4. Amtshilfe und Zusammenwirken in Krisen- und Notstandssituationen . . . . .	239
a) Amts- und Rechtshilfe gem. Art. 35 I GG . . . . .	239
b) Amtshilfe und Bundesintervention in Krisen- und Notstandssituationen gem. Art. 35 II, III GG . . . . .	240
c) Amtshilfe und Bundesintervention bei innerem Notstand gem. Art. 91, 87a IV GG . . . . .	240
III. Der Grundsatz der Bundestreue . . . . .	241
IV. Reformen des Bundesstaates . . . . .	244
1. Neugliederung des Bundesgebietes . . . . .	244
2. Trend zum unitarischen Bundesstaat und Reformversuche . . . . .	246
a) Unitarische Tendenzen und Blockade durch den Bundesrat . . . . .	246
b) Reformgesetze . . . . .	246
V. Bundeszwang gem. Art. 37 GG . . . . .	247
§ 14. Verwaltung und Verwaltungskompetenzen im Bundesstaat . . . . .	249
I. Verwaltung als Teil der Exekutive . . . . .	249
1. Die Elemente der Exekutive . . . . .	249
2. Die Verwaltung . . . . .	250
II. Verwaltungskompetenzen der Länder und des Bundes . . . . .	251
1. Ausgangspunkt: Grundsätzlich Verwaltungskompetenz der Länder . . . . .	251
a) Die Grundregel des Art. 30 GG . . . . .	251
b) Vollzug der Landesgesetze immer durch die Länder . . . . .	251
2. Modifikationen der Grundregel des Art. 30 GG durch Art. 83 ff. GG . . . . .	251
a) Bedeutung der Art. 83 ff. GG . . . . .	251
b) Vollzug von Bundesgesetzen durch die Länder . . . . .	252
aa) Systematik der Art. 83 ff. GG . . . . .	252
bb) Vollzug durch die Länder als eigene Angelegenheit (Art. 83 f. GG) . . . . .	252
(1) Grundlagen des landeseigenen Vollzugs . . . . .	252
(2) Einflussnahmemöglichkeiten des Bundes durch Gesetz . . . . .	253
(3) Einflussnahmemöglichkeiten der Bundesregierung . . . . .	254
(4) Rechtsaufsicht des Bundes über die Gesetzesausführung . . . . .	254
cc) Vollzug durch die Länder im Auftrag des Bundes (Art. 85 GG) . . . . .	255
(1) Wesen und Bereiche der Auftragsverwaltung . . . . .	255
(2) Einflussnahmemöglichkeiten des Bundes . . . . .	256
c) Ausnahmsweise: Vollzug von Bundesgesetzen durch den Bund . . . . .	258

aa) Bundeseigener Vollzug gem. Art. 86 GG . . . . .	258
bb) Ungeschriebene Verwaltungskompetenzen des Bundes . . . . .	260
3. Nicht gesetzesakzessorische Verwaltung . . . . .	260
4. Unzulässigkeit von Mischverwaltung . . . . .	261
III. Selbstverwaltung (insbes. kommunale) . . . . .	261
1. Wesen, Konzept und Ausprägungen der Selbstverwaltung	261
2. Die kommunale Selbstverwaltung . . . . .	262
a) Gemeinden und Gemeindeverbände als Verwaltungsträger . . . . .	262
b) Die kommunale Selbstverwaltungsgarantie . . . . .	262
§ 15. Vernetzte Staatlichkeit: Bezüge zum Völker- und EU-Recht . . . .	266
I. Einführung: Vernetzte Staatlichkeit . . . . .	267
1. Bedeutung des Völker- und Europarechts für das deutsche Verfassungsrecht . . . . .	267
2. Das Völkerrecht . . . . .	267
3. Das Europarecht (insbes. EU-Recht) . . . . .	268
4. Geltung von Völkerrecht und EU-Recht in der Bundesrepublik . . . . .	268
II. Völkerrechtsfreundlichkeit des GG und Besonderheiten der EMRK . . . . .	269
1. Völkerrechtliche Verträge und allgemeine Regeln des Völkerrechts . . . . .	269
2. Bedeutung und Besonderheiten der EMRK . . . . .	269
3. Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen . . . . .	271
a) Übertragung von Hoheitsrechten gem. Art. 24 I GG . .	271
b) Einordnung in Systeme kollektiver Sicherheit gem. Art. 24 II GG . . . . .	271
c) Beitritt zu internationaler Schiedsgerichtsbarkeit gem. Art. 24 III GG . . . . .	272
III. Grund und Grenzen der Integration in die EU . . . . .	272
1. Bedeutung der Integration in die EU . . . . .	272
2. Übertragung von Hoheitsgewalt auf die EU gem. Art. 23 I 2 GG . . . . .	272
3. Grenzen der Integration gem. Art. 23 I 2, 3 i. V. m. Art. 79 II, III GG . . . . .	273
a) Formelle Voraussetzungen gem. Art. 23 I 3 i. V. m. Art. 79 II GG . . . . .	273
b) Materielle Grenzen gem. Art. 23 I 3 i. V. m. Art. 79 III GG . . . . .	273
aa) Der integrationsfeste Kern deutscher Staatlichkeit	273
bb) Identitäts- und <i>Ultra-vires</i> -Kontrolle durch das BVerfG . . . . .	275
cc) Grundrechtskontrolle durch das BVerfG . . . . .	276
4. Grundrechtsschutz aufgrund der EU-Grundrechtecharta	277

<b>6. Teil. Die Bundesrepublik als Rechtsstaat</b>	<b>280</b>
§ 16. Das Rechtsstaatsprinzip	280
I. Bedeutung des Rechtsstaatsprinzips	280
II. Wichtige Ausprägungen des Rechtsstaatsprinzips	281
1. Grundrechte	282
2. Gewaltenteilung	284
3. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung	287
a) Vorrang des Gesetzes	287
b) Vorbehalt des Gesetzes	288
aa) Inhalt und Reichweite des Vorbehalts des Gesetzes	288
bb) Herleitung des Vorbehalts des Gesetzes	289
cc) Abgrenzung von verwandten Grundsätzen	290
(1) Gesetzesvorbehalte	290
(2) Parlamentsvorbehalt	290
(3) Wesentlichkeitsgrundsatz	291
c) Bindung an das „Recht“ gem. Art. 20 III GG	292
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	293
a) Bedeutung und Inhalt	293
b) Prüfung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	294
aa) Verfassungslegitimer Zweck	294
bb) Geeignetheit	295
cc) Erforderlichkeit	295
dd) Angemessenheit	296
5. Vertrauensschutz, Rechtssicherheit und Rückwirkungsverbote	297
a) Vertrauensschutz und Rechtssicherheit	297
b) Rückwirkung von Gesetzen	298
aa) Echte Rückwirkung (grds. unzulässig)	298
bb) Unechte Rückwirkung (grds. zulässig)	300
6. Bestimmtheitsgebot und verwandte Grundsätze	302
7. Publizitätsgebot	304
8. Justizgewährungsanspruch	304
§ 17. Staatsaufgabe Rechtsprechung (Judikative)	305
I. Regelung im Grundgesetz und Begriff der Rechtsprechung	306
II. Richter und Gerichte	307
1. Richter und deren Unabhängigkeit	307
a) Verhältnis von Richtern und Gerichten	307
b) Richterliche Unabhängigkeit gem. Art. 97 GG	307
2. Bundes- und Landesgerichte	307
III. Die Verfassungsgerichtsbarkeit in Bund und Ländern	309
IV. Die Rechtsweggarantie des Art. 19 IV GG	310
V. Justizgrundrechte	310
1. Die Justizgrundrechte im Überblick	310
2. Das Recht auf den gesetzlichen Richter gem. Art. 101 I 2 GG	311
§ 18. Das Bundesverfassungsgericht	312
I. Bedeutung und Stellung des Bundesverfassungsgerichts	312



II. Organisation des BVerfG und Wahl der Richter .....	312
III. Überblick der wichtigsten Verfahrensarten .....	314
IV. Die Entscheidung des BVerfG .....	315
§ 19. Verfassungsprozessrecht: Wichtige Verfahrensarten des BVerfG ..	316
I. Ausgewählte Verfahrensarten .....	316
II. Für das Staatsorganisationsrecht zentrale Hauptsacheverfahrensarten .....	316
1. Das Organstreitverfahren gem. Art. 93 I Nr. 1 GG .....	316
a) Gegenstand des Organstreitverfahrens .....	316
b) Zulässigkeit .....	317
aa) Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner .....	317
(1) Oberste Bundesorgane i. S. d. Art. 93 I Nr. 1 GG .....	317
(2) Parteifähige Organteile gem. § 63 BVerfGG ..	318
(3) Andere Beteiligte i. S. d. Art. 93 I Nr. 1 GG, insbes. politische Parteien .....	319
bb) Statthafter Antragsgegenstand .....	320
cc) Statthaftes Antragsziel .....	321
dd) Antragsbefugnis .....	322
(1) Möglichkeit der Verletzung in verfassungsrechtlichen Rechten .....	322
(a) Eigene Rechte aus dem Grundgesetz ....	322
(b) Möglichkeit der Verletzung .....	323
(2) Sonderfall Prozessstandschaft .....	323
ee) Rechtsschutzbedürfnis .....	324
ff) Form und Frist .....	325
(1) Form: Schriftform, Begründung, Bezeichnung der relevanten Normen. ....	325
(a) Schriftform und Begründung gem. § 23 I BVerfGG .....	325
(b) Bezeichnung der Norm, gegen die ggf. verstoßen wird (§ 64 II BVerfGG) .....	326
(2) Sechsmonatsfrist gem. § 64 III BVerfGG ....	327
c) Begründetheit .....	327
d) Entscheidung des BVerfG .....	327
2. Bund-Länder-Streit gem. Art. 93 I Nr. 3 GG .....	328
a) Gegenstand des Bund-Länder-Streits .....	328
b) Zulässigkeit .....	329
aa) Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner .....	329
bb) Statthafter Antragsgegenstand .....	329
cc) Antragsbefugnis .....	329
dd) Ggf. Vorverfahren .....	330
ee) Rechtsschutzbedürfnis .....	330
ff) Form und Frist .....	330
(1) Form: Schriftform, Begründung, Bezeichnung der relevanten Normen .....	330

(2) Frist gem. §§ 69, 64 III BVerfGG oder § 70 BVerfGG .....	330
c) Begründetheit .....	330
d) Entscheidung des BVerfG .....	331
3. Die abstrakte Normenkontrolle gem. Art. 93 I Nr. 2 GG .....	331
a) Gegenstand der abstrakten Normenkontrolle .....	331
b) Zulässigkeit .....	332
aa) Antragsberechtigung (zulässiger Antragsteller) ...	332
bb) Antragsgegenstand .....	332
cc) Prüfungsmaßstab .....	333
dd) Antragsbefugnis .....	334
(1) Antragsbefugnis gem. Art. 93 I Nr. 2 GG, § 76 I Nr. 1 BVerfGG .....	334
(2) Objektives Klarstellungsinteresse .....	335
ee) Form und Frist .....	335
c) Begründetheit .....	336
d) Entscheidung des BVerfG .....	336
4. Konkrete Normenkontrolle gem. Art. 100 I GG .....	337
a) Gegenstand und Bedeutung der konkreten Normenkontrolle .....	337
b) Zulässigkeit .....	338
aa) Anhängiges Gerichtsverfahren .....	338
bb) Prüfungsgegenstand: formelles, nachkonstitutionelles Gesetz .....	338
cc) Überzeugung von der Grundgesetzwidrigkeit etc. ....	339
dd) Entscheidungserheblichkeit des vorgelegten Gesetzes .....	339
(1) Entscheidung i. S. d. Art. 100 I GG .....	339
(2) Entscheidungserheblichkeit .....	340
ee) Form und Frist .....	341
(1) Form (§§ 23 I, 80 II BVerfGG) .....	341
(2) Kein Fristerfordernis .....	341
c) Begründetheit .....	341
d) Entscheidung des BVerfG .....	342
III. Einstweiliger Rechtsschutz vor dem BVerfG .....	342

<b>7. Teil. Staatsziele .....</b>	<b>345</b>
§ 20. Das Sozialstaatsprinzip .....	345
I. Grundlagen des Sozialstaatsprinzips .....	345
1. Regelungsort und Bedeutung .....	345
2. Konkretisierungen in der Verfassung .....	346
II. Die Verpflichtungswirkung des Sozialstaatsprinzips .....	347
1. Auftrag an den Gesetzgeber .....	347
2. Interpretationsmaxime .....	348
3. Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen .....	348
4. Nur ausnahmsweise Verdichtung zu Leistungsansprüchen	349
a) Gewährleistung des menschenwürdigen Existenzminimums .....	349

b) Anspruch auf Heilbehandlung bei lebensbedrohlicher Erkrankung .....	351
5. Gleichberechtigte Teilhabe insbes. an staatlichen Ausbildungsressourcen .....	351
§ 21. Umwelt- und Tierschutz .....	352
I. Regelung des Umwelt- und Tierschutzes im Grundgesetz ..	353
II. Schutzgegenstände und -ziele .....	353
1. Natürliche Lebensgrundlagen .....	353
2. Tiere .....	354
3. Schutz auch in Verantwortung für künftige Generationen	354
III. Rechtswirkungen von Art. 20a GG .....	354
1. Regelungsauftrag an den Gesetzgeber .....	354
2. Auslegungsmaxime .....	355
3. Rechtfertigung von Grundrechtseingriffen .....	356
4. Keine subjektiven Rechte .....	357

## **8. Teil. Weiterführende Gebiete .....**

§ 22. Grundzüge des Finanz- und Haushaltsverfassungsrechts .....	358
I. Bedeutung und Gegenstand des Finanzverfassungsrechts ...	358
1. Bedeutung .....	358
2. Gegenstand und Regelungsort .....	359
II. Finanzverfassungsrecht i. e. S. (Regelung staatlicher Einnahmen) .....	359
1. Staatliche Einnahmequellen und Arten öffentlicher Abgaben .....	359
2. Verfassungsrechtliche Aspekte von Steuern .....	359
a) Definition und Bedeutung der Steuer .....	359
b) Gesetzgebungskompetenzen für Steuern .....	359
aa) Gesetzgebungskompetenzen des Bundes .....	360
bb) Gesetzgebungskompetenzen der Länder .....	360
cc) Kein Steuererfindungsrecht .....	361
c) Verteilung des Steueraufkommens (Ertragshoheit) ...	361
3. Nichtsteuerliche Abgaben: Gebühren, Beiträge und Sonderabgaben .....	362
a) Gesetzgebungskompetenz und Rechtfertigungsbedürftigkeit .....	362
b) Die wichtigsten nichtsteuerlichen Abgaben .....	363
aa) Gebühren .....	363
bb) Beiträge .....	364
cc) Sonderabgaben .....	365
III. Grundzüge des Haushaltsverfassungsrechts (Ausgabenseite) .	366
1. Grund und Grenzen der Haushaltsautonomie von Bund und Ländern .....	366
2. Haushaltspläne und deren gesetzliche Grundlagen .....	367
a) Bedeutung, Grundlagen und Aufstellung des Haushaltsplans .....	367
b) Haushaltsgrundsätze .....	369

§ 23. Schutz der Verfassung	370
I. Bedeutung der wehrhaften Demokratie	370
II. Verfassungsschützende Regelungen im Grundgesetz	371
1. Schutz des Verfassungstextes	371
2. Schutz gegen Bedrohungen aus dem Binnenbereich des Staates	371
3. Schutz gegen Bedrohungen aus dem Bereich der Gesellschaft	372
a) Parteiverbot und Ausschluss von der Parteienfinanzierung gem. Art. 21 GG	372
b) Vereinsverbot gem. Art. 9 II GG	372
c) Grundrechtsverwirkung gem. Art. 18 GG	373
III. Strafrechtlicher Schutz der Verfassung	373
IV. Institutionalisierte Schutz der Verfassung	374
V. Widerstandsrecht gem. Art. 20 IV GG	374
§ 24. Die Bundeswehr im Verfassungsgefüge	375
I. Die verfassungsrechtliche Dimension der Bundeswehr	375
II. Parlamentsvorbehalt für bewaffnete Streitkräfteeinsätze	376
1. Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt	376
2. Ausnahmsweise Eilzuständigkeit der Bundesregierung	376
III. Streitkräfteeinsatz zur Verteidigung und in Systemen kollektiver Sicherheit	377
1. Streitkräfteeinsatz zur Verteidigung gem. Art. 87a II GG	377
2. Streitkräfteeinsatz in Systemen kollektiver Sicherheit gem. Art. 24 II GG	377
IV. Streitkräfteeinsatz im Inland	378
1. Einsatz zur Verteidigung und im Rahmen des Art. 24 II GG	378
2. Einsatz zu anderen Zwecken	379
a) Einsatz im Katastrophenfall (Art. 35 II 2, III 1 GG)	379
b) Einsatz bei äußerem Notstand (Art. 87a III GG)	379
c) Einsatz bei innerem Notstand (Art. 87a IV GG)	380
<b>9. Teil. Anleitung zur Lösung staatsrechtlicher Fälle</b>	381
§ 25. Fall zur konkreten Normenkontrolle	381
§ 26. Fall zur abstrakten Normenkontrolle	393
§ 27. Fall zum Organstreitverfahren	406
Sachregister	421